

Kampffmeyer
Reform
des
Orient. Semin.
4
1928

Ni SEM.

460

257^a

257a



460/257. Kampffmeyer 67 406

Die Reform des Seminars für Orientalische Sprachen zu Berlin

Berichte und Dokumente von Prof. Dr. G. Kampffmeyer

IV. Folge.

15. Oktober 1928.

Weitab vom Ziel. 119

Der längst noch nicht beendete Kampf um das Orientalische Seminar berührt ernsteste praktische Fragen unseres **Auswärtigen Dienstes** und unserer **Wirtschaft**. Sollen wir in unseren Beziehungen zum Ausland planvoll arbeiten und ernsthaft unterrichtet sein? Oder soll in unserem Auswärtigen Dienst ein verhängnisvoller Dilettantismus Platz greifen und soll unsere Wirtschaft der Hilfe, die ihr das Institut des Orientalischen Seminars zu gewähren vermag, verlustig gehen? Die folgenden sachlichen Zusammenfassungen seien der Aufmerksamkeit aller derer dringend empfohlen, die an einer Änderung untragbarer Zustände mitzuwirken in der Lage sind.

Inhalt des vorliegenden vierten Stücks:

	Seite		Seite
Kurzer Überblick über die bisherige Entwicklung	2	Aufgaben des Seminars für Orientalische Sprachen für das Studium der Gegenwartsgeschichte des Orients. Von Landgerichtsrat Dr. Erich Pritsch, Berlin-Zehlendorf	19
Wirrnisse der Gegenwart	8	Vom Orientalischen Seminar in London	23
Anlagen:		Literatur	24
von Prof. Dr. August o. ö. Professor der orientalischen Sprachen an der Universität Leipzig	16		

Nr. 460/257 =

Aus August Fischers Vermächtnis 406

Orientalisches Seminar Universität Halle

Das Stück ist gegen Einsendung von 50 Pfg. erhältlich durch den Verleger Prof. Dr. G. Kampffmeyer, Berlin-Dahlem, Werderstr. 70, und kann durch jede Buchhandlung vom Selbstverlag besorgt werden.

Weitab vom Ziel.

Die Entwicklung, die die mit der Reform des Orientalischen Seminars zusammenhängenden Fragen genommen haben, geben zu den schwersten Bedenken Anlaß. Um eine Nachprüfung durch die verantwortlichen Stellen des Auswärtigen Amtes, durch die Abgeordneten des Reichstages und des Landtages und weitere Kreise, insbesondere auch der Wirtschaft, zu ermöglichen, sei im Folgenden zunächst eine kurze dokumentarische Übersicht über die Hauptlinien jener Entwicklung gegeben, und seien darnach die Grundtatsachen, deren Verkenning wichtigen Interessen des deutschen Volkes zuwiderläuft, in Kürze zum Ausdruck gebracht.

Näheres über die bisherige Entwicklung findet man in der auf der letzten Seite dieser Schrift verzeichneten Literatur. Diejenigen Schriften, die von uns selbst veröffentlicht wurden, werden denen, die in eine ernsthafte Prüfung der behandelten Fragen eintreten wollen, gern zur Verfügung gestellt.

Kurzer Überblick über die bisherige Entwicklung.

Die Notwendigkeit einer deutschen Auslandshochschule, im Interesse dringender Aufgaben des deutschen Volkes, ist von Anton Palme mit unwiderleglicher Sachlichkeit dargelegt worden¹⁾. Die Grundlagen einer solchen Auslandshochschule lagen und liegen vor im Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin, dessen Dozenten seit etwa 1912 mit allem Nachdruck für eine Vertiefung der besonderen Arbeit des Seminars eingetreten sind. Der Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer Auslandshochschule wurde in weitesten Kreisen, insbesondere auch durch mehrere Beschlüsse des Reichstages und des Preußischen Landtages gutgeheißen²⁾. Die Deutsche Auslandshoch-

¹⁾ Vgl. besonders seine beiden grundlegenden Schriften: Die Deutsche Auslandshochschule, 1914 (Reimer) und 1920 (Haude & Spener).

²⁾ Reichstagsbeschluß 1913, in erweiterter Form wiederholt 1914. Seit 1914 hat auch der Preußische Landtag mehrfach den Antrag gestellt, entweder durch Ausbau des Orientalischen Seminars oder durch Begründung einer besonderen Auslandshochschule die praktische und wissenschaftliche Kenntnis des Auslandes bei uns zu fördern.

schule fand einen hartnäckigen Gegner in der Person des jetzigen Preußischen Unterrichtsministers Professor Becker, der den Standpunkt vertrat, daß das Auslandsstudium an die Universität gehöre. In einer ersten Denkschrift von ihm (1917), die vom Preußischen Unterrichtsministerium dem Preußischen Landtag und dem Reichstag vorgelegt wurde ¹⁾, gab er ja noch zu, daß eine Fachanstalt wie das Seminar für Orientalische Sprachen gewiß nie werde entbehrt werden können. Sieben Jahre später, 1924, in einer neuen Denkschrift, die auch vom Ministerium der Volksvertretung vorgelegt wurde ²⁾, forderte er aber geradewegs die Auflösung des Orientalischen Seminars durch Verschmelzung desselben mit der Berliner Universität. Diese Denkschrift und der in ihr enthaltene Antrag des Preußischen Ministeriums fanden ihre Erledigung durch den Beschluß des Preußischen Landtages vom 17. Juli 1924, der dahin lautete:

Das Staatsministerium zu ersuchen,

1. Das Orientalische Seminar als besonderes Institut in seinem Bestande zu erhalten, dergestalt, daß es bei der künftigen Errichtung einer Auslandshochschule als Grundlage dienen kann,
2. Dem Institut eine kollegiale Verfassung zu geben.

Als darnach mehr als zwei Jahre hindurch keinerlei dem obigen Beschluß entsprechende Maßnahmen seitens des Herrn Unterrichtsministers getroffen worden waren, vielmehr einzelne seiner das Seminar betreffenden Verwaltungsmaßnahmen zeigten, daß er dem besonderen Charakter des Seminars nicht Rechnung trug, beschäftigte sich der Preußische Landtag erneut mit dem Orientalischen Seminar.

Am 27. Oktober 1926 wurde im Hauptausschuß des Landtages ein Entschließungsantrag, betr. Gestaltung des Orientalischen Seminars (Drucksache Nr. 3428), einstimmig angenommen.

Dieser Antrag lag der Plenarversammlung des Landtags in seiner 217. Sitzung am 9. November 1926 vor (Drucksache Nr. 4319) und wurde auch hier einstimmig angenommen. Er lautet:

¹⁾ Landtagsdrucksache Nr. 388 (22. Legislaturperiode, IV. Session 1916/17) mit dem Titel: Denkschrift zur Förderung der Auslandsstudien. — Reichtagsdrucksache Nr. 366 unter dem Titel: Denkschrift über den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer deutschen Auslandshochschule und über die Förderung der Auslandsstudien.

²⁾ Landtagsdrucksache Nr. 5313: Denkschrift über die Reform des Seminars für Orientalische Sprachen in Berlin.

Das Staatsministerium wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß der Beschluß des Landtages vom 17. Juli 1924 über die Gestaltung des Orientalischen Seminars nunmehr mit Beschleunigung sinngemäß ausgeführt wird.

Wie schon in den Verhandlungen, die zu dem Beschluß des Preußischen Landtages vom 17. Juli 1924, betr. das Orientalische Seminar führten ¹⁾; wie weiter in einer Sitzung des Hauptausschusses des Preußischen Landtages vom 15. April 1926 ²⁾; so sind auch in den Verhandlungen des Hauptausschusses vom 27. Oktober 1926 ³⁾ und in denen der Plenarversammlung vom 9. November 1926 ⁴⁾ die Verhältnisse des Orientalischen Seminars sehr eingehend, unter Beteiligung von Rednern aller Parteien erörtert worden. Dabei wurde auf den schwerwiegenden Gegensatz hingewiesen, in den sich der Minister wie zum Seminar überhaupt so insbesondere zu dem Beschluß des Landtages vom 17. Juli 1924 gestellt hatte. Hatte doch, wie mitgeteilt wurde, am 22. Februar 1924 der jetzige Herr Kultusminister, damals Staatssekretär, im Hauptausschuß die protokollierte Erklärung abgegeben: „Sollte Punkt 2 (kollegiale Verfassung des Seminars) angenommen werden, der für die Regierung absolut unannehmbar sei, wie er mit allem Nachdruck erkläre, dann behalte sich die Regierung im Rahmen der Abbauverordnung und ihrer sonstigen exekutiven Vollmachten alle weiteren Schritte vor.“ ⁵⁾. Demgegenüber forderte der Landtag, wie oben gezeigt, nachdrücklich, daß sein Beschluß vom 17. Juli 1924 nunmehr mit Beschleunigung sinngemäß durchgeführt werde. Er hatte sich von der Notwendigkeit der besonderen vom Orientalischen Seminar geleisteten Arbeit überzeugt, er hatte erkannt, daß die Aufgaben des Seminars von denen der Universität verschieden sind ⁶⁾, daß es sich weiter bei solcher Ver-

¹⁾ Protokoll: Preuß. Landtag 331. Sitzung vom 17. Juli 1924. 1. Wahlperiode, 1. Tagung 1921/24. Spalte 23419—23421.

²⁾ Protokoll: Preuß. Landtag. 2. Wahlperiode, 1. Tagung 1925/26. Hauptausschuß. 115. Sitzung Donnerstag den 15. April 1926. Spalte 19. 28—29. 43—45.

³⁾ Protokoll: Preuß. Landtag. 2. Wahlperiode, 1. Tagung 1925/26. Hauptausschuß. 154. Sitzung Mittwoch den 27. Oktober 1926. Spalte 20—29.

⁴⁾ Protokoll: Preuß. Landtag. 2. Wahlperiode, 1. Tagung 1925/26. Sitzung Dienstag den 9. November 1926. Spalte 15128—15131.

⁵⁾ Protokoll: Hauptausschuß 27. Oktober 1926, Spalte 23; Plenarsitzung 9. November 1926, Protokoll Spalte 15129.

⁶⁾ Abweichend von dem freien philologisch-historischen Studium der Universität hat das Seminar, wie auch hier noch einmal gesagt sei, die Aufgabe, in mehrjährigen Kursen die praktische Kenntnis der Gegenwartssprache fremder

schiedenartigkeit nicht um Gegensätzlichkeit, sondern um wechselseitige Ergänzung zweier gleich nützlicher und notwendiger Richtungen handele. Die Notwendigkeit und Berechtigung der besonderen Arbeit des Orientalischen Seminars neben der Universität trat besonders dadurch klar in die Erscheinung, daß hervorragende und besonders sachkundige Gelehrte der Universitäten den Standpunkt und die Forderungen der Dozenten des Seminars billigten. In dieser Hinsicht war ein Gutachten, das der o. ö. Professor für orientalische Philologie an der Universität Leipzig, Geheimrat Dr. August Fischer, unter dem 8. November 1926 erstattete, und das weiter unten abgedruckt ist, von besonderer Bedeutung ¹⁾.

Bei solcher Lage der Dinge versprach Ende 1926 Herr Becker im Preußischen Landtage, die das Seminar betreffenden Beschlüsse des Landtages vom 17. Juli 1924 nunmehr loyal durchführen zu wollen. Hinsichtlich des einen Teils dieser Beschlüsse, daß das Seminar eine kollegiale Verfassung erhalten solle, hofften die planmäßigen Lehrer des Seminars lange vergeblich, zu Verhandlungen über die Form der künftigen Verfassung des Seminars hinzugezogen zu werden. Einen Schritt in der Richtung einer kollegialen Verfassung schien es darstellen zu sollen, daß im Frühjahr 1927 auf Anordnung des Herrn Ministers sämtliche reichsdeutschen Dozenten des Orientalischen Seminars — also außer den planmäßigen Dozenten alle irgendwie nebenamtlich und außerplanmäßig am Orientalischen Seminar tätigen Lehrkräfte — von dem stellvertretenden Direktor des Seminars zu einer Versammlung einberufen wurden, um sich über die Besetzung eines planmäßigen Lehrstuhles des Persischen am Seminar zu äußern. Gegen ein Kollegium solcher Zusammensetzung bestehen die schwersten Bedenken, die denn auch von den planmäßigen Lehrern des Seminars zum Ausdruck gebracht wurden. Im Herbst 1927 wurde dann den „sämtlichen reichsdeutschen planmäßigen und außerplanmäßigen“ Do-

Völker zu vermitteln und gleichzeitig auf grund persönlicher Erfahrung und originaler Quellen in die Kenntnis der Gegenwartsverhältnisse von Staat, Recht, Wirtschaft u. s. w. der fremden Völker einzuführen. Daneben leistet das Seminar den Behörden (besonders dem Auswärtigen Amt und den Gerichten) und der Wirtschaft wichtige Dienste, abgesehen vom Dolmetschen durch sachgemäße Übersetzung von Urkunden, Verträgen, Briefwechsel u. s. w. Es ist klar, daß das Seminar solche Aufgaben nur erfüllen kann, wenn seine Lehrstellen mit wirklichen Sachkennern besetzt werden.

¹⁾ Auch andere hervorragende Gelehrte der Universitäten, auch der Berliner Universität, erkannten die volle Berechtigung des Standpunktes der Dozenten des Seminars an.

zenten des Seminars für Orientalische Sprachen vom Herrn Unterrichtsminister ein „Entwurf einer Satzung für das Dozenten-Kollegium beim Seminar für Orientalische Sprachen“ zugeleitet, mit der Aufforderung, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Eine gemäß der Anordnung des Herrn Ministers zusammengesetzte Versammlung hat diesen Entwurf in einer Reihe von Plenar- und Kommissionssitzungen eindringend durchberaten. Die Versammlung wollte ihrerseits alles tun, um die Verhandlungen zu erleichtern und zu einem guten Ende zu führen. Sie erhielt soweit wie nur irgend möglich den ihr vorgelegten Entwurf aufrecht und hat die von ihr vorgeschlagenen Abweichungen auf das geringste Maß beschränkt. Diese Abweichungen betrafen vor allem zwei Punkte. 1. Der ministerielle Entwurf will an einer Direktorialverfassung festhalten. Der Direktor, über den Näheres nicht gesagt ist, wird von den Aufsichtsbehörden ernannt. Die Dozenten des Seminars wollen mit einem Direktor (statt eines Rektors) einverstanden sein, wenn dieser vom Minister nach Vorschlägen des Kollegiums aus der Zahl der planmäßigen Lehrer des Seminars auf je ein Jahr ernannt wird. 2. Gegenüber einer vom Minister beabsichtigten unmöglichen Zusammensetzung eines dem Direktor zur Seite gegebenen Dozentenkollegiums ¹⁾ wollen die Dozenten, daß das Kollegium zusammengesetzt sei a) aus den planmäßigen Dozenten, b) aus Vertretern der nicht planmäßigen Dozenten bis zur Hälfte der planmäßigen, vom Minister auf je ein Jahr ernannt.

Die Beschlüsse der Dozenten, die sie unter dem 9. Nov. 1927, innerhalb der vorgesehenen Frist, dem Herrn Minister übermittelten, waren einstimmig, mit zwei Ausnahmen von nichtplanmäßigen Lehrkräften, gefaßt worden.

Daraufhin erließ der Herr Minister unter dem 1. April 1928, ohne in irgend eine weitere Verhandlung mit den Dozenten des Seminars eingetreten zu sein, eine „Satzung für das Dozentenkollegium beim Seminar für Orientalische Sprachen an der Universität Berlin“, die den „Entwurf“ ohne wesentliche Änderung wiedergab. Die bei der Beratung des „Entwurfs“ von dem Lehrkörper geleistete eindringende Arbeit ist demnach fruchtlos gewesen.

Die erlassene Satzung erhält die direktoriale Verfassung des Seminars aufrecht, sie hat mit der vom Preußischen Landtag beschlossenen kollegialen Verfassung in der Richtung der künftigen Auslands-

¹⁾ Das Kollegium soll bestehen aus den planmäßigen Professoren und aus nicht-planmäßigen, also jederzeit kündbaren Lehrkräften, die vom Minister in einer Zahl ernannt werden, welche die Zahl der planmäßigen Professoren nicht erreicht.

hochschule nichts zu tun. Sie ist nicht die geeignete Grundlage, auf der die erstrebte Vertiefung der Wirksamkeit des Seminars in der Ausbreitung der Kenntnis heutiger fremder Sprachen und Kulturen organisch wachsen kann, zum Wohle des Reiches.

Das **Auswärtige Amt**, für dessen Aufgaben das Seminar in erster Linie gegründet worden ist, und das also an einer Vertiefung der Wirksamkeit des Seminars ein hervorragendes Interesse hat, ist in der bisherigen Entwicklung der Dinge fast völlig passiv gewesen. Wie der Herr Unterrichtsminister es ständig abgelehnt hat, durch Beratungen mit den planmäßigen Dozenten des Seminars die bei diesen zweifellos vorhandene besondere Sachkenntnis für eine Klärung der bestehenden wichtigen Fragen zu verwerten, so hat auch das Auswärtige Amt für die es unmittelbar angehenden Fragen, in denen eine Fühlung mit jener Sachkenntnis geboten war, eine solche Fühlung nicht gesucht. Einmal schien es, als ob eine solche Fühlung angebahnt werden sollte. Am 14. Juli 1926 ¹⁾ fand im Auswärtigen Amt eine Versammlung statt, die über die an Beamte des auswärtigen Dienstes zu stellenden Anforderungen in der Kenntnis fremder Sprachen und über eine Prüfungsordnung, die im Auswärtigen Amt für die Behandlung der vom Reichstag bewilligten Sprachenzulagen maßgebend sein sollte, zu beraten hatte. Zu der sehr vielköpfigen Versammlung, in der der Direktor der Abt. VI des Auswärtigen Amtes, Heilbronn, den Vorsitz führte, waren, außer Beamten des Auswärtigen Amtes und des Preußischen Unterrichtsministeriums, neben Universitätsprofessoren auch die planmäßigen Dozenten des Seminars hinzugezogen worden. Die Beratungen sollten fortgesetzt, ein kleinerer Ausschuß sollte konstituiert werden. Die Dozenten des Seminars haben von den Dingen nie wieder etwas gehört, und von einer Prüfungsordnung, die wohl *intra muros* festgesetzt wurde, haben gerade die Dozenten des Seminars, die für die Vermittlung ausreichender Sprachkenntnisse bestellt sind, nie etwas zu sehen bekommen. So hat das Auswärtige Amt hier von der Verwertung der Sachkenntnis des Seminars abgesehen und ist andererseits damals schon und später weiter, wie unten gezeigt werden wird, dieser Sachkenntnis geradezu aus dem Wege gegangen.

¹⁾ Offenbar auf diese Sitzung (der auch der Schreiber dieser Zeilen beiwohnte) bezieht sich eine Mitteilung des Regierungsvertreters (Dr. Niessen) im Hauptausschuß des Landtages am 27. Oktober 1926 (Protokoll Sp. 21). Hier ist die Sitzung irrtümlich in den April des Jahres 1926 verlegt.

Wirrnisse der Gegenwart.

Die ganzen Wirren und Kämpfe, all die Hinderungen sachgemäßer Arbeit des Orientalischen Seminars sind aus zwei Grundübeln entsprungen:

Dem Mangel an Erkenntnis oder der Passivität gegenüber der für das deutsche Volk im allgemeinen und für den auswärtigen Dienst des Reiches im besonderen bestehenden lebenswichtigen Notwendigkeit ernsthaften Studiums der heutigen Sprachen und Kulturen fremder Völker;

Dem Mangel an Erkenntnis oder der Passivität gegenüber der Tatsache, daß die aus jener Notwendigkeit heraus dem Orientalischen Seminar gewiesenen Aufgaben von denen der Universität wesentlich verschieden sind.

Aus solchen Ursachen war es möglich, daß der Unterrichtsminister in der „Reform“ des Orientalischen Seminars, nach Ausweis seiner Denkschrift, abwegige Bahnen einschlagen wollte; daß er dann Verwaltungsmaßnahmen traf, die den organischen Aufbau der besonderen Arbeit des Seminars störten; daß das Auswärtige Amt, anders als die Volksvertretung, zum Schaden der Interessen der ihm anvertrauten Arbeit, dem Minister Gefolgschaft leistete; daß das Auswärtige Amt Fehler beging und begeht, die den Interessen des auswärtigen Dienstes und des Reiches zuwiderlaufen; daß man eine Direktorialverfassung am Seminar mit einem Universitätsprofessor als Direktor für möglich hält, wo sie die schwerste Störung eines organischen Aufbaus der besonderen Arbeit des Seminars ist; daß man gerade alles das versäumt, was für eine lebendige Entwicklung der Aufgaben des Seminars von vitaler Bedeutung ist.

Reden wir von konkreten Dingen. Diese Dinge sind teilweise von Personen nicht zu trennen. Um der Sache willen muß ich von Personen sprechen, rein sachlich, so wie ich es auch schon in meiner „Reform“ III. Folge getan habe. Ich darf sagen, daß ich in dem ganzen Kampf um das Orientalische Seminar mit Erfolg bemüht gewesen bin, die starken Gegensätze, die mich sachlich von Personen trennten, nicht auch auf persönliche und kollegiale Beziehungen übergreifen zu lassen. Ungetrübte persönliche Beziehungen können mich aber nicht von der Pflicht entbinden, sachlich das zu sagen, was zu sagen ist.

Der stellvertretende Direktor des Seminars für Orientalische Sprachen, Prof. Dr. E. Mittwoch, ist, wie sein Amtsvorgänger am

Seminar, Geheimrat Sachau es war, Professor der Berliner Universität, als Orientalist. Er ist am Seminar zu nebenamtlichen Vorlesungen über das Äthiopische verpflichtet. Nach dem Tode Prof. Dr. Martin Hartmanns (1918) hat er eine Zeitlang am Seminar, in sehr beschränkter Stundenzahl, auch die Elemente des Arabischen gelehrt. Er ist seiner ganzen Einstellung nach durchaus Universitätsprofessor historisch-philologischer Richtung. Niemals hat er, am wenigsten für das Arabische, Aufgaben, wie sie einem planmäßigen Dozenten am Seminar zufallen, als die seinigen betrachtet.

Dieser stellvertretende Direktor des Seminars nun stand in dem Ringen des Seminars um Erhaltung seiner Sonderaufgaben niemals hinter den Aufgaben des Seminars. In all diesen Fragen fast stets vollkommen passiv, war er in Einzelfällen, wie unten ersichtlich sein wird, aktiv nur als Universitätsprofessor und Exponent des Unterrichtsministeriums¹⁾. Ja, er hat (worüber Näheres weiter unten), als es sich dem Auswärtigen Amt gegenüber um Erfüllung einer dem Seminar obliegenden Aufgabe handelte, die Hand dazu geboten, daß diese Aufgabe eine den Aufgaben des Seminars und den Interessen des auswärtigen Dienstes nicht entsprechende Scheinlösung erfuhr.

Ein solcher Zustand der Dinge ist untragbar. Die Dozenten des Seminars sind, wie schon gesagt, in ihrer Stellungnahme zu dem ministeriellen „Entwurf einer Satzung für das Dozenten-Kollegium beim Seminar für Orientalische Sprachen“ dem Minister soweit als nur irgend möglich entgegengekommen und haben auch einem vom Ministerium zu ernennenden Direktor zugestimmt, aber mit der Maßgabe, daß dieser, nach Vorschlägen des Dozentenkollegiums, aus der Zahl der planmäßigen Dozenten am Seminar auf je ein Jahr ernannt werde.

Ich habe in meiner „Reform“ III. Folge (S. 2—11) ausgeführt, daß der Herr Minister den zweiten Lehrstuhl des Arabischen am Seminar nicht im Einklang mit den bestimmungsgemäßen Aufgaben des Orientalischen Seminars, sondern nach Universitätsanschau-

¹⁾ Daher er denn auch in der Festschrift für den Minister Prof. Dr. C. H. Becker als Lobredner Becker'scher Maßnahmen und Pläne betr. Auslandsstudien und Orientalisches Seminar aufgetreten ist. Er bezeichnete den Kampf um das Seminar als nicht „förderlich“. Das Seminar werde sich um so kraftvoller entwickeln, je mehr diejenigen, die an ihm zu wirken berufen seien, „in stiller Arbeit“ der Lehre und Forschung lebten (S. 22).

ungen besetzt hat. Diesen Lehrstuhl des Arabischen hat ein Turkologe inne, der auch „Islamistik“ vertreten soll. Dieser Turkologe hält am Seminar dauernd, in sehr geringer Stundenzahl, Vorlesungen über die Elemente des Arabischen. Er führt keine Kurse durch, wie sie für das Arabische Aufgabe des Seminars sind. Davon, daß er eine Vertiefung seiner Kenntnisse des Arabischen anstrebt, hat man nichts gemerkt. Er ist seit seiner Berufung bisher dreimal zu längeren Reisen in Richtung des Orients aufgebrochen, aber niemals nach arabischem Sprachgebiet, sondern teils nach der Türkei, teils nach Jugoslawien oder Griechenland, in letzteren Ländern alten osmanischen Urkunden nachgehend. Daneben hält Herr Babinger am Seminar Vorlesungen über Realien, z. B. Syrien, Arabien, und über „Islamistik“. Da er keine genügende Kenntnis des Arabischen hat, um arabische Zeitungen oder andere originale Quellen zu benutzen, so schöpft er aus Quellen zweiter Hand, auch, da das Hauptgebiet des Islams in der Gegenwart die arabischen Sprachgebiete sind, für seine islamischen Vorlesungen, soweit es sich um Verhältnisse der Gegenwart handelt.

Der Minister hatte es nicht nötig, dem Seminar solche Realien zu bescheren. Die Pflege der Realien hat jederzeit zu den besonderen Aufgaben der planmäßigen Dozenten des Seminars gehört, es ist aber hier Aufgabe und Übung, diese Realien auf grund originaler Quellen und mit besonderer Rücksicht auf die Gegenwart zu lehren. Was Herr Babinger an Wertvollem in historischer Richtung geben kann, könnte er an der Universität geben, wo die Hörer des Seminars ihn ja aufsuchen könnten, falls sie das Bedürfnis haben, ihre am Seminar empfangenen Kenntnisse nach dieser Richtung zu ergänzen.

So ist Herr Babinger ein Fremdkörper im Seminar. Als solcher nimmt er nicht nur eine Kraft, die im Sinne des Seminars wirken könnte, den Platz weg, sondern seine Anwesenheit am Seminar wirkt sich sogar zu einer Störung der bestimmungsgemäßen Aufgaben des Seminars aus.

Das Orientalische Seminar gibt auch eine Zeitschrift heraus, seine „Mitteilungen“. Es ist klar, daß der engbegrenzte Raum dieser Veröffentlichung vor allem dazu berufen ist, Studien der besonderen Arbeitsrichtung des Seminars aufzunehmen.

Nun aber vertritt Herr Babinger, als Mitherausgeber, die Ansicht, der wertvollere Teil der „Mitteilungen“ seien im Gegenteil Arbeiten philologisch-historischer Richtung. Eben darum geht ja der Kampf, dem Seminar seinen besonderen Charakter zu bewahren, diesen nicht unterzuordnen dem historisch-philologischen Studium, sondern

— selbstverständlich auf wissenschaftlicher Grundlage — Gegenwartsverhältnisse zu studieren und Vergangenes, soweit es Beziehung zur Gegenwart hat. Hier in den „Mitteilungen“ ist der Platz für Arbeiten z. B. über neue Staatsverfassungen Ägyptens, der Türkei, Chinas, über heutige Rechtsverhältnisse, Verträge, wirtschaftliche Verhältnisse, neuere Literatur des Orients u. s. w., kurz für alles, was heutige Verhältnisse des Orients gründlich kennen lehrt. Sollen solche Arbeiten, die größtenteils schwer anderswo Aufnahme finden, am Seminar zurückstehen hinter Arbeiten z. B. über mittelalterliche Münzen, über irgendwelche Literaturwerke oder Dokumente des Mittelalters, die für die heutigen Entwicklungen im Orient schlechterdings gleichgültig sind? Wenn nun Herr Babinger in der Redaktion der „Mitteilungen“ den letzteren Standpunkt vertritt, wenn er ihn mit großer Entschiedenheit, in Zuversicht auf ministeriellen Rückhalt, vertritt, wenn der Direktor des Seminars, er selbst historisch-philologisch gerichtet, Exponent des Ministeriums, sich nicht mit fester Hand für die Aufgaben des Seminars einsetzt, ja sogar in gegebenen Fällen in historisch-philologischem Sinne mitstimmt, so kann man ermessen, wie schwer es ist, unter Wahrung kollegialen Einvernehmens die Arbeitsweise des Seminars durchzusetzen, wie sehr eine dem Charakter des Seminars zuwiderlaufende Verwaltungsmaßnahme des Ministers die Arbeit des Seminars hemmt und stört.

Wenn zur Erlangung der oben berührten „Sprachenzulagen“ im Auswärtigen Amt Sprachprüfungen abgehalten werden, so ist der Zweck doch wohl der, Sprachkenntnisse zu ermutigen und festzustellen, die für die verschiedenen im auswärtigen Dienst sich anbietenden Aufgaben ausreichend sind. Wenn also z. B. im Arabischen geprüft wird, so soll der zu Prüfende nicht dartun, daß er „Arabisch“ kann, sondern daß er ein Arabisch kann, das für die verschiedenen Zwecke des auswärtigen Dienstes verwendbar ist. Er muß dem Postulat der Beherrschung des Arabischen zu flüssiger Unterhaltung und zu unbehinderter Zeitungslektüre (Reform III, S. 6) entsprechen, auch imstande sein, einen arabischen Brief mit einem Inhalt, wie er im auswärtigen Dienst gebraucht wird, schreiben zu können. Wer ist nun zur Prüfung berufen? Doch wohl nur jemand, der selbst die Kenntnisse, über die geprüft werden soll, besitzt. Ich habe in meiner „Reform“ III, S. 2—7 dargelegt, wie sehr die arabischen Studien, die gemeinhin an Universitäten getrieben werden, von dem verschieden

sind, was für den auswärtigen Dienst gebraucht wird. Um eine arabische Zeitung unbehindert lesen, also die darin enthaltenen Darlegungen über politische, rechtliche, kulturelle, wirtschaftliche und sonstige Verhältnisse des heutigen Orients sicher verstehen zu können, muß man Jahre lang diese Verhältnisse studiert und sich die besonderen, diesen Verhältnissen dienenden Ausdrucksformen in eindringender Arbeit angeeignet haben. Ein gelegentliches und vorübergehendes Hineinblicken in diese besondere Welt, etwa auch gelegentliche und vorübergehende Dialektstudien, kommen gar nicht in Betracht. Die Studien, die dazu nötig sind, um in dem angegebenen Sinne arabische Zeitungen lesen zu können, hat keiner der Orientalisten der Berliner Universität jemals getrieben, auch Herr Becker, auch Herr Mittwoch nicht. Sie können „Arabisch“, aber nicht das Arabisch, das für den auswärtigen Dienst nötig ist. Ebenso wenig, wie sie Zeitungen beherrschen, haben sie die übrigen für den auswärtigen Dienst benötigten Kenntnisse des Arabischen.

Soll dem Dilettantismus auf wichtigen Gebieten des auswärtigen Dienstes nicht Tür und Tor geöffnet werden, so ist es klar, daß nicht die genannten Herren im Auswärtigen Amt prüfen dürfen, sondern jemand, von dem die notwendigen Kenntnisse erwartet werden können, damit er die Kenntnisse dessen, den er zu prüfen hat, überblicken kann. Wenn also im Seminar eine Professur für die im auswärtigen Dienst gebrauchten Kenntnisse des Arabischen besteht und ordnungsmäßig besetzt ist, so hat dieser Professor des Orientalischen Seminars zu prüfen, niemand sonst.

Wie kommt es nun, daß die arabischen Prüfungen, die bisher im Auswärtigen Amt abgehalten sind, unter Umgehung eben des zuständigen Professors des Orientalischen Seminars abgenommen worden sind? In dem ersten der mir bekannt gewordenen Fälle hatte ich dem die Prüfungen vorbereitenden Herrn des Auswärtigen Amtes auf Anfrage persönlich (in meinem Zimmer im Orientalischen Seminar) erklärt, daß ich zur Abnahme der Prüfung bereit sei, und hatte mich dabei auch über die zu stellenden Anforderungen kurz ausgelassen. Mir wurde dann zweimal vom Auswärtigen Amt aus telefonisch mitgeteilt, die Prüfung sei verschoben worden. Später erfuhr ich, daß die Prüfung eben um die Zeit, wo sie „verschoben“ war, hinter meinem Rücken von dem stellvertretenden Direktor des Seminars, Prof. Mittwoch, abgenommen worden ist.

Wenn irgend jemand, der „auch Arabisch“ kann, auf Wunsch die Prüfung im Amt abnimmt, so ist das seine Sache. Wenn aber

dem Leiter des Seminars, der „auch Arabisch“ kann, die Abnahme der Prüfung angetragen wird, so hat er, wie ich die Dinge auffasse, auf den zuständigen Dozenten des Seminars zu verweisen, und wenn trotzdem die Abnahme der Prüfung von ihm gewünscht wird, dieselbe abzulehnen. Der stellvertretende Direktor des Seminars, Universitätsprofessor und Exponent der Regierung, hat auch in diesem Falle gezeigt, daß er nicht geeignet ist, sich hinter die Aufgaben des Seminars zu stellen. Er auch ist es gewesen, auf dessen Antrag der Turkologe Herr Babinger, der ganz ungenügend Arabisch kann (Näheres „Reform“ III, S. 7—9), und von dem man bis Ende 1926 noch sagen konnte, daß er wenigstens nicht Mitglied der Prüfungskommission für Arabisch am Seminar sei, seither tatsächlich vom Herrn Minister in diese Prüfungskommission berufen worden ist. Tatsächlich hat Herr Babinger in diesem Sommer 1928 in einer arabischen Prüfung am Seminar mitgewirkt, obwohl die Verhältnisse, über die geprüft wurde, ihm vollkommen fremd waren. Hat nun nicht Herr Babinger auch das verbriefte Recht, eine arabische Sprachprüfung im Auswärtigen Amt abzunehmen?

Auf die angegebene Weise erhält das Auswärtige Amt keinen zuverlässigen Überblick über die in seinem Dienstbereich vorhandenen tatsächlichen Kenntnisse des Arabischen. Diese können in einem gegebenen Falle gut sein, sie können aber in einem anderen Falle stark mangelhaft sein. Diese angegebene abwegige Praxis des Auswärtigen Amtes fällt um so schwerer ins Gewicht bei dem geradezu katastrophalen Mangel, der im Dienstbereich des Auswärtigen Amtes an Beamten herrscht, die wirklich Arabisch können, und damit an Fühlung mit den Verhältnissen und Entwicklungen des großen arabischen Orients, der in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung uns Deutschen so bedeutungsvolle Möglichkeiten bietet. Mag unsere politische Lage sein wie sie wolle, wir haben das Recht und die Pflicht, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu pflegen und sollten uns die hier im Orient gegebenen Möglichkeiten nicht verscherzen. Ohne deutsche Beamte mit ausreichenden Sprachkenntnissen ist die Pflege solcher Beziehungen aber nicht möglich. In Ägypten, dem wichtigen Zentrum der arabischen Welt, versteht kein höherer, mittlerer oder unterer deutscher Beamte auch nur entfernt ausreichend Arabisch. Man glaubt, sich mit einem einheimischen Dolmetscher, der insbesondere die Aufgabe hat, über die arabische Presse zu berichten, behelfen zu können. Ist man sich klar darüber, wie mangelhaft man auf diese Weise unterrichtet wird? Es könnten leicht Beweise erbracht

werden, daß unsere Vertretung dort, und damit die Zentrale, über sehr wichtige Entwicklungen und Vorgänge, selbst bei dankenswertesten Bemühungen, auf solche Weise völlig in Unkenntnis bleibt.

Das deutsche Volk kann sich heut weniger als je Dilettantismus leisten, zumal wenn andere Völker auf gleichem Gebiet gründlich und vernünftig arbeiten. Wir verstehen es, daß der Leiter unserer auswärtigen Politik, der früher die Aufgaben des Seminars vollkommen würdigte, durch die Schwierigkeiten der ihm obliegenden großen Politik heute verhindert ist, manche Fragen persönlich nachzuprüfen. Uns scheint es aber nicht länger aufschiebbar, daß an leitender Stelle unseres auswärtigen Dienstes die mit dem Orientalischen Seminar zusammenhängenden Fragen untersucht werden, daß man nunmehr im Auswärtigen Amt in dieser Hinsicht die bisherige Passivität aufgebe und aus Erkenntnis der wirklichen Sachlage heraus jedem Dilettantismus in der Wurzel entgentrete.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Preußischen Landtages vom 27. Oktober 1926 meinte der Regierungsvertreter Amts- und Landrichter Dr. Niessen, „daß sich in dem Streben nach Einführung der Kollegialverfassung vielleicht auch eine Neigung andeute, mit den Universitätsprofessoren in eine Klasse hineinzukommen“ (Protokoll Spalte 25). Es ist bedauerlich, daß der Regierungsvertreter hier den Bestrebungen der Dozenten des Seminars, die von Anfang an nur der Sache galten, persönliche Motive unterstellte. Er übersah, was er aus den Akten leicht hätte feststellen können (z. B. unter dem 26. Juli 1913), daß diese Dozenten ihre Forderungen schon vor dem Kriege erhoben. Damals aber waren die planmäßigen Dozenten des Seminars in einer Klasse mit den ordentlichen Professoren der preußischen Universitäten, es entfiel für sie also in dieser Hinsicht jedes persönliche Motiv. Erst im Ministerium Becker sind die Dozenten des Orientalischen Seminars, dieses Stiefkindes des Ministers, unter die Klasse der Universitätsprofessoren heruntergedrückt worden. Gegen diese Herabdrückung sprechen sachliche Gründe, und es ist bedauerlich, daß sich nicht das Ministerium als erstes, eben aus diesen sachlichen Gründen, gegen solche sinnlose und schädliche Herabdrückung eingesetzt hat. Zwischen Seminar und Universität hat in der Vergangenheit ständig ein Wechsel von Lehrkräften stattgefunden. Universitätslehrer traten an das Seminar über, und Lehrer des Seminars wurden als ordentliche Professoren an Universitäten berufen. Gegenwartsverhältnisse können und sollen

am Seminar ebenso gründlich behandelt werden wie philologisch-historische Dinge an der Universität. Sie benötigen die gleiche wissenschaftliche Vertiefung. Es sollen, im Interesse der Leistungen des Seminars, beste wissenschaftliche Kräfte an ihm tätig sein. Wie aber kann man erwarten, daß in Zukunft, im Falle von Vakanzen, solche beste Kräfte an das Seminar übertreten und in der besonderen Arbeit des Seminars eine Lebensaufgabe sehen, wenn sie nicht nur finanziell schlechter gestellt sind als Universitätsprofessoren, sondern überhaupt nicht als Hochschulprofessoren anerkannt werden?

Anders schätzt man in London die Dozenten des dortigen Orientalischen Seminars, das ja unserem Berliner nachgebildet ist, ein. Darüber ist ein Artikel der „Täglichen Rundschau“ Nr. 98 vom 28. April 1927 zu vergleichen, aus dem ein Stück unter den Anlagen abgedruckt sei.

Es gibt nur zwei Wege.

Entweder man erkennt die besondere Aufgabe des Seminars an. Dann besetze man seine Lehrstellen im Sinne dieser Aufgabe mit den besten Kräften und sichere dem Institut durch eine wirkliche kollegiale Verfassung organisches Wachstum und freie Entfaltung seiner Arbeit. Aus solcher Arbeit werden der auswärtige Dienst des Reiches und die Wirtschaft des deutschen Volkes den größten Nutzen zu ziehen vermögen. Aber auch die überwiegende Mehrzahl der Fachgenossen an den deutschen Universitäten wird, des bin ich gewiß, im Einklang mit weitesten am wissenschaftlichen Studium des Auslandes interessierten Kreisen die Arbeit des Seminars als wertvolle Ergänzung eigener Arbeit begrüßen.

Oder man versage dem Institut eine kollegiale Verfassung. Man besetze seine Lehrstühle in einer der besonderen Zielsetzung des Instituts widersprechenden Weise. Man lähme Arbeitsfreiheit und Arbeitsfreudigkeit der für die besondere Zielsetzung des Instituts sich einsetzenden Lehrer des Seminars durch Verewigung der nun schon so viele Jahre andauernden Hemmungen und Kämpfe. Dann werden wir, wo eine geschlossene tüchtige Arbeit aufwachsen könnte, Stückwerk tun und einem Dilettantismus in die Hände arbeiten, den unser Volk nirgends jetzt, am wenigsten in seinen Beziehungen zu anderen Völkern, gebrauchen kann. Diese anderen Völker aber werden, zu ihrem größten Nutzen, das tun, was wir unterlassen, bis wir vielleicht nach Jahren unsere Trümmer zusammensuchen und mit vielen Mühen und Kosten ein Haus wiederaufzurichten suchen, das uns, wenn wir es nicht hätten verfallen lassen, mit geringstem Aufwand sichere Wohnung gewährt hätte.

Anlagen.

Gutachten von Prof. Dr. August Fischer, o. ö. Professor der orientalischen Sprachen an der Universität Leipzig.

Den nun schon über ein Dutzend Jahre andauernden Kampf um die zukünftige Gestalt des Seminars für Orientalische Sprachen zu Berlin habe ich zwar nur aus der Ferne, aber doch mit regem Interesse verfolgt; habe doch auch ich einmal an diesem Institut gelehrt (1. Oktober 1896 bis 1. April 1900) und auf diese Weise ein innerliches Verhältnis zu ihm gewonnen, das auch die seitdem verflossenen 26 Jahre nicht haben auslöschen können. Recht zu haben scheinen mir in diesem Kampfe die Dozenten des Seminars, soweit sie namentlich durch die Herren Dr. Palme und Professor Dr. Kampffmeyer vertreten waren. Den mannigfachen öffentlichen Äußerungen dieser beiden Gelehrten, insbesondere den Broschüren „Die Deutsche Auslandshochschule und das nationenwissenschaftliche Studium des Auslandes“, Berlin 1914, und „Die Deutsche Auslandshochschule. Vorläufige Denkschrift für das Reichsministerium des Innern“, Berlin 1920 (von Palme), und „Die deutschen Auslandsinteressen und das Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin“, Berlin 1924, und „Die Reform des Seminars für Orientalische Sprachen zu Berlin. Berichte und Dokumente“, Folge II u. III, Berlin 1924 und 1925 (von Kampffmeyer) glaubte ich in allen Hauptpunkten zustimmen zu müssen. Dagegen konnten mich die beiden Denkschriften des Preuß. Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung von 1917 und 1923, wie auch die Broschüre von Prof. Dr. O. Franke „Das Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin und seine geplante Umformung“, Leipzig 1924, nicht von der Richtigkeit des darin vertretenen Standpunktes überzeugen. Bei dieser Sachlage mußte ich es mit Freuden begrüßen, daß der Preuß. Landtag am 17. Juli 1924 einstimmig oder doch mit großer Mehrheit den Beschluß faßte: „das Staatsministerium zu ersuchen, a) das Orientalische Seminar als besonderes Institut in seinem Bestand zu erhalten dergestalt, daß es bei der künftigen Errichtung einer Auslandshochschule als Grundlage dienen kann, b) dem Institut eine kollegiale Verfassung zu geben“, und daß sich vor kurzem der Hauptausschuß des Preuß. Landtags entschied, jene Resolution noch einmal zu unterstreichen und die Regierung aufzufordern, sie nunmehr mit Beschleunigung sinngemäß auszuführen.

Die Universität und das Orientalische Seminar haben zweifellos ganz verschiedene Aufgaben und damit auch, wenigstens teilweise, verschiedene Methoden: die Universitätsorientalistik wird immer vorwiegend theoretisch arbeiten, wobei ihr Blick vorzugsweise auf die Vergangenheit gerichtet sein wird, deren Erkenntnis ja für ein wirklich wissenschaftliches Verständnis der Gegenwart unerlässlich ist; die Sprachstudien des Orientalischen Seminars sollen dagegen praktisch sein und die lebendige Beherrschung der heutigen orientalischen Sprachen zum Ziel haben, und seine historischen und soziologischen Studien sollen gleichfalls auf die Gegenwartsverhältnisse des Ostens gehn. Kettet man diese divergierenden Aufgaben aneinander, dann wird sich kein natürliches Ganzes ergeben, sondern ein künstlicher Organismus, in dem, wenn die Gegenwartsverhältnisse nicht nur obenhin, sondern mit aller erforderlichen Intensität erforscht und gelehrt werden sollen, ein Teil den andern hemmen und beeinträchtigen muß. Es würde auch nur wenige Gelehrte geben, die gewillt wären, beide Seiten mit gleichem Nachdruck zu vertreten.

Das Orientalische Seminar muß eine selbständige Fachhochschule bleiben. Die Zahl der Fachhochschulen wird bei der starken Entwicklung des wirtschaftlichen und industriellen Lebens in Deutschland vermutlich immer größer werden. Es wäre aber ein arger Mißgriff, wollte man sie alle an die Universität anschließen. Universität und Fachhochschule müssen einander ergänzen. Den Studierenden müssen beide offen stehen, wie auch verschiedene Professoren an beiden zugleich werden wirken können. Überschneidungen der Aufgaben müssen natürlich nach Möglichkeit vermieden werden.

Für Herrn Minister Becker und Prof. Dr. O. Franke bilden das Ideal die Einrichtungen, wie sie an der Hamburger Universität herrschen. Ich kenne diese natürlich nicht so genau, wie die beiden Herren, die ja eine Reihe von Jahren an der Hamburger Universität gewirkt haben. Aber mir ist noch kein namhafter Auslandsbeamter bekannt, der aus einem der orientalistischen Seminare der Hamburger Universität hervorgegangen wäre, während das Orientalische Seminar immerhin schon in seiner bisherigen Gestalt eine Anzahl ausgezeichneter Schüler hervorgebracht hat (s. z. B. Kampffmeyer, „Die deutschen Auslandsinteressen“, S. 27). Allem Anschein nach ist auch der Betrieb wenigstens des mir vorzugsweise bekannten Seminars für Geschichte und Kultur des Orients an der Hamburger Universität zu wenig auf die eigentliche Praxis gegangen. Dessen Direktoren waren bisher die Herren Becker (der jetzige Preußische Staatsminister), Tschudi und Ritter. Alle drei,

der erstgenannte an der Spitze, sind zweifellos hervorragende Gelehrte. Aber Tschudi und Ritter haben sich als ausgesprochene Universitätsphilologen betätigt, und Becker hat sich zwar auch nachdrücklich mit Gegenwartsverhältnissen befaßt, seine wissenschaftlichen Hauptverdienste liegen doch aber auch auf den Gebieten des älteren Islam. Der neue Direktor des Hamburger Seminars, Prof. Dr. Strothmann, wird sich vermutlich noch weniger mit den praktischen Fragen des heutigen Orients befassen, schon deswegen nicht, weil er m. W. noch gar nicht im Orient war, diesen also praktisch noch gar nicht kennt. Becker hat, mit Unterstützung der Hamburger Wissenschaftlichen Stiftung, eine vorzügliche Zeitschrift, „Der Islam“, ins Leben gerufen. Die Gegenwartsfragen treten aber auch hier hinter den historisch-antiquarischen stark zurück.

Auch andere Nationen haben Schulen von der ungefähren Art unseres Orientalischen Seminars und denken m. W. garnicht daran, sie an eine Universität anzugliedern. In Paris besteht noch immer selbständig die alte „École des Langues Orientales Vivantes“, die viele namhafte Auslandsbeamte und Gelehrte zu Zöglingen gehabt hat; die Italiener haben ihre „Scuola di Lingue Slave ed Orientali“ (und daneben seit 1921 das ganz hervorragende „Istituto per l'Oriente“, das u. a. die beste existierende Zeitschrift für den heutigen Orient, den „Oriente Moderno“, herausgibt), und die Engländer haben erst während des Weltkrieges ihre Londoner „School of Oriental Studies“ gegründet.

Es sollte also auch unser Orientalisches Seminar noch existenzberechtigt sein. Am besten freilich sollte dieses zu einer Auslandshochschule ausgebaut werden, in der alle Auslandsstudien zentralisiert werden sollten, so daß sie als ein bedeutungsvoller Organismus zielbewußt alle praktischen Auslandsinteressen des Reichs fördern könnte. Erlauben die deutschen Finanzverhältnisse z. Z. eine solche Auslandshochschule nicht, dann sollte unter allen Umständen das Orientalische Seminar als seine künftige Grundlage erhalten bleiben. Dabei sollte freilich durch Vornahme von allerlei Reformen seine Bedeutung und sein Rang gesteigert werden. Zu diesen Reformen würde gehören, daß seine Studienpläne und seine Prüfungsordnung geändert werden, und zwar in dem Sinne, daß von seinen Zöglingen höhere Leistungen verlangt werden als bisher: im Diplomexamen sollten diese Kenntnisse aufweisen, die es ihnen möglich machen, auf einem Auslandsposten selbständig weiter zu arbeiten. Zu diesen Reformen sollte ferner gehören, daß das Orientalische Seminar die von seinen Dozenten ge-

wünschte kollegiale Verfassung erhält. Die Direktorialverfassung, wie sie zu meiner Zeit am Orientalischen Seminar bestand, war kein Segen für die Anstalt. Bei einer Kollegialverfassung würde die Lehrerschaft sich selbst heben und damit auch das Institut. Mißgriffe in der Ernennung von Dozenten, wie sie im letzten Jahrzehnt mehrfach vorgekommen sind, werden vielleicht unmöglich werden, wenn der Lehrkörper bei den Berufungen mitwirkt.

Im Sinne der vorstehenden Ausführungen habe ich mich in den letzten Jahren wiederholt Kollegen gegenüber mündlich geäußert. Unter diesen Umständen glaubte ich mich der jetzt an mich ergangenen Aufforderung, mich zu diesen Anschauungen auch schriftlich zu bekennen, nicht entziehen zu dürfen.

Leipzig, den 8. November 1926.

Dr. A. Fischer,
o. ö. Professor für orient. Philologie an der
Universität Leipzig.

Aufgaben des Seminars für Orientalische Sprachen für das Studium der Gegenwartsgeschichte des Orients.

Von Landgerichtsrat Dr. Erich Pritsch, Berlin-Zehlendorf.

Jeder, der genötigt ist, sich mit der Gegenwartsgeschichte des Orients zu befassen, hat unter dem Mangel an allgemeinen Orientierungsmöglichkeiten zu leiden. Was die Tagespresse an Notizen über die Ereignisse im Orient bringt, ist nicht nur außerordentlich lückenhaft, sondern auch vielfach unrichtig und ungenau, ja teilweise unverständlich. Die orientalischen Quellen sind für die meisten unerreichbar, werden auch zum großen Teil garnicht bekannt. Der Verwertung schwer zugänglichen Quellenmaterials dienen zwar in dankenswerter Weise in Deutschland die „Welt des Islams“, in Italien die Monatsschrift „Oriente Moderno“; diese Zeitschriften können aber, so begrüßenswert und vorzüglich sie auch sind, nicht allen Bedürfnissen genügen, da die Beschaffung des Quellenmaterials und damit die Gestaltung ihres Inhalts vielfach von Zufälligkeiten abhängig ist. Es fehlt nach wie vor einerseits an einer methodischen, alle gegebenen Möglichkeiten erschöpfenden Sammlung des gesamten erreichbaren Dokumentenmaterials, andererseits an einer wissenschaftlich-systematischen Sichtung und Verwertung dieses Materials nach höheren Gesichtspunkten.

Diesem Mangel, der sich schon jetzt außerordentlich fühlbar macht und im Laufe der Zeit immer stärker fühlbar machen wird, könnte mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen leicht abgeholfen werden. Die Wege dazu wären

1. der Ausbau der Bibliothek des Seminars für Orientalische Sprachen in Berlin im Sinne einer universalen Sammlung zeitgeschichtlicher Dokumente,

2. die Ausgestaltung der Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen zu einem Zentralorgan für die Gegenwartsgeschichte des Orients.

Der Ausbau der Seminarbibliothek in dem gedachten Sinne könnte in der Weise erfolgen, daß planmäßig die möglichst vollständige Sammlung aller erreichbaren, für die Gegenwartsgeschichte des Orients bedeutsamen Dokumente erstrebt wird. Zu diesem Zwecke wären vor allem die amtlichen Veröffentlichungen der einzelnen orientalischen Staaten (Gesetzsammlungen, fortlaufend erscheinende Gesetzblätter, gegebenenfalls amtliche Veröffentlichungen einzelner Ministerien, Parlamentspapiere, Farbbücher, Mitteilungen amtlicher Pressebüros und dergl.) sowie Nachrichten und Äußerungen der Presse (Abonnement auf eine oder mehrere der wichtigsten Zeitungen oder Zeitschriften, sodaß ein fortlaufendes Bild über alle bedeutsameren Vorgänge in dem betreffenden Lande gewonnen werden kann) systematisch zu sammeln. Weiterhin kämen private Veröffentlichungen anderer Art in dem betreffenden Lande, insbesondere Neuerscheinungen auf dem Büchermarkte, namentlich solche politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Inhalts, für die Anschaffung in Betracht. Die Beschaffung dieses dokumentarischen Materials würde zweckmäßig durch die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen des Reichs erfolgen, die an Ort und Stelle am besten in der Lage sind, zu beurteilen, welche für die Entwicklung des Orients bedeutsamen Veröffentlichungen für die Anschaffung in Frage kommen, und diese preiswert zu kaufen oder gegen andere Veröffentlichungen einzutauschen. Eine auf diese Weise rationell ausgebaut Bibliothek könnte zu einem Zentralinstitut für die Erforschung der Gegenwartsgeschichte des Orients nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa werden.

Was insbesondere die Gegenwartsgeschichte der Türkei betrifft, so würde in erster Linie erforderlich sein

- a) die Anschaffung der amtlichen Gesetzsammlung von Angora, soweit sie bisher erschienen ist, oder der Sammlung von Karakotsch Sergis,

b) das Abonnement auf

1. das Gesetzblatt der türkischen Regierung, das die jeweils erscheinenden Gesetze und die Berichte über die Verhandlungen der Großen Nationalversammlung veröffentlicht,
2. die französische Übersetzung der Gesetze in der Sammlung „La Législation Turque. Lois promulguées par la grande Assemblée Nationale de Turquie. Constantinople. Editions Rizzo & Son“,
3. eine oder einige türkische Zeitungen und die eine oder andere wichtigere Zeitschrift.

Die Verwertung des angeschafften Quellenmaterials würde zweckmäßig in der Weise erfolgen, daß die Mitteilungen des Seminars auf Grund dieses Materials fortlaufend Jahresberichte über die Entwicklung der einzelnen orientalischen Länder bringen. Die Berichte würden jeweils die Ereignisse des vergangenen Jahres in jedem Lande, systematisch und historisch geordnet, in wissenschaftlicher Weise von der Warte des europäischen Beobachters aus darzustellen haben. Auf das dabei verwendete Quellenmaterial würde ausgiebig zu verweisen sein. Wichtigere Dokumente könnten im Urtext mit Übersetzung (entweder im Text der Abhandlung oder anhangsweise) abgedruckt werden und auch als Studienmaterial für das Seminar dienen. Die innere Gliederung der einzelnen Abhandlungen würde zweckmäßigerweise etwa folgende sein:

1. Auswärtige Beziehungen (Abdruck besonders wichtiger Verträge und sonstiger Dokumente),
2. Innerpolitische Entwicklung,
3. Gesetzgebungstätigkeit (Abdruck wichtiger Gesetze im Wortlaut oder auszugsweise),
4. Wirtschaftliche Entwicklung,
5. Entwicklung der geistigen Kultur (Religion, Weltanschauung, Wissenschaft, Literatur, Kunst).

Was die einzelnen zu behandelnden Länder betrifft, so würde es für die erste Zeit genügen, wenn die für Deutschland wichtigsten vorderasiatischen Staaten in der genannten Weise zum Gegenstande zeitgeschichtlicher Darstellung gemacht würden, in erster Linie also etwa die Türkei, Ägypten, die Mandatsgebiete, Arabien, Persien, Afghanistan. Vorausgehen könnte eine Übersicht über die allgemeine Entwicklung des Orients und des Islam im Berichtsjahre. Später könnte in derselben

Weise gegebenenfalls auch über die anderen nordafrikanischen Länder, den Balkan, Rußland und Indien berichtet werden. In entsprechender Weise, wie hier für die westasiatischen Studien vorgeschlagen, könnten die ostasiatischen Studien der Mitteilungen ausgebaut werden.

Durch eine Ausgestaltung der Bibliothek und der Mitteilungen des Seminars in der gedachten Weise würde eine wissenschaftlich und praktisch außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet werden, wie sie bisher noch kein europäisches Land aufzuweisen hat; es würde einerseits wichtiges Quellenmaterial, das sonst zum großen Teil unbenutzt bleiben und verloren gehen würde, verwertet, andererseits ein bequemes Nachschlagewerk für alle an der Gegenwartsgeschichte des Orients Interessierten, insbesondere auch für den amtlichen Gebrauch, und eine grundlegende Vorarbeit für spätere historische Forschungen geschaffen werden. Diese Arbeit würde besondere Bedeutung deshalb beanspruchen können, weil sie auf planmäßiger Zusammenarbeit wissenschaftlicher Organe mit den amtlichen Stellen beruhen würde und infolgedessen sich auf breitere, gediegenere und weniger vom Zufall abhängige Unterlagen stützen könnte, als wenn sie der Initiative privater Zeitschriften überlassen bliebe.

Ständige Bearbeiter der zeitgeschichtlichen Übersichten dürften unter den Dozenten des Seminars für Orientalische Sprachen oder der Universität in Berlin, höheren Beamten des auswärtigen Dienstes oder sonstigen geeigneten Persönlichkeiten leicht gefunden werden können.

Vom Orientalischen Seminar in London.

Aus einem Artikel der „Täglichen Rundschau“ Nr. 98 vom 28. April 1927.
— Man vergleiche dazu einen Artikel der „Times“ („Oriental Studies. Lord Birkenhead on the London School“) vom 24. Februar 1927.

Das Orientalische Seminar in London (School of Oriental Studies) feierte unlängst sein zehnjähriges Bestehen durch besonders festliche Veranstaltungen. Bei einem Festessen war Lord Birkenhead der Hauptredner. Seine Rede, wie die ganze festliche Veranstaltung, war darauf angelegt, die Bedeutung des Instituts zu unterstreichen und demselben zu weiterem Ausbau neue Mittel zu erschließen. Lord Birkenhead verwies auf das Pariser Schwesterinstitut (École des langues orientales vivantes), das seit mehr als hundert Jahren ähnliche Wege verfolge wie die Londoner Anstalt und dessen Leiter, Professor Paul Boyer, eigens nach London gekommen sei, um an der Feier teilzunehmen. Die Londoner Anstalt, an der 67 Sprachen und Dialekte gelehrt würden, leiste nicht nur der Regierung Dienste, sondern sei auch vom reinen Geschäftsstandpunkt aus unerlässlich. Lord Birkenhead nahm besonderen Bezug auf die englischen Handelsbeziehungen in China, die eine schwere Krise durchmachen. Die englische Regierung hat der Anstalt schöne Räumlichkeiten und einen erheblichen jährlichen Etat gewährt. Auch die Stadt London und die Grafschaft London tragen zu den Kosten bei. Aber der Lord ist der Ansicht, daß die Professoren und Lektoren des Instituts ungenügend bezahlt seien. Diese Professoren seien Gelehrte, die in der Welt dem Materiellen wenig nachfragten, aber es sei im Interesse des Instituts ein schwerer Mißgriff und der Würde der Londoner Universität abträglich, hochgebildete besondere Sachkenner so zu stellen, wie es der Fall sei. Das Londoner Institut müsse eine hohe, ehrenvolle und gesicherte Stellung einnehmen. Darum hoffe er, daß ein Aufruf zur Gewinnung weiterer Mittel, der jetzt ausgehen werde, zu dem wünschenswerten Erfolge führe.

Der weitere Teil des Artikels der „Täglichen Rundschau“, der auf die damalige Lage des Berliner Seminars zu sprechen kommt, ist an dieser Stelle ohne Belang.

Literatur.

- Dr. Anton **Palme**: Aufsatz im Berliner Tageblatt vom 11. November 1912: Das Jubiläum des Orientalischen Seminars (über nationenwissenschaftliches Studium).
- Denkschrift** über das Seminar für Orientalische Sprachen an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin von 1887 bis 1912 von Direktor Professor Dr. Eduard Sachau. Berlin 1912, Georg Reimer.
- Bericht** über die Festversammlung zur Eröffnung des 26. Studienjahres des Seminars für Orientalische Sprachen . . . Erstattet von dem Direktor Geh. Oberregierungsrat Dr. phil. et jur. Eduard Sachau. Berlin 1912, Georg Reimer.
- Prof. Dr. Martin **Hartmann**: Das Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin. Zum 25 jährigen Bestehen. In: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, Februar 1913.
- Prof. Dr. Martin **Hartmann**: Die Deutsche Auslandshochschule. In: Neue Preuß. (Kreuz-) Zeitung vom 13. November 1913.
- Heinrich **Pohl**: Der Ausbau des Orientalischen Seminars. In: Der Tag vom 2. Dezember 1913.
- Dr. Anton **Palme**: Die Deutsche Auslandshochschule. In: Vossische Zeitung vom 29. Dezember 1913.
- Prof. Dr. Heinrich **Pohl**: Die Deutsche Auslandshochschule. Tübingen 1913, Mohr.
- Max **Roloff**: Das Orientalische Seminar in Berlin und seine Bedeutung für unsere diplomatische Vertretung im Orient. In: Schwäb. Merkur vom 19. Februar 1914.
- Dr. Anton **Palme**: Die Deutsche Auslandshochschule und das nationenwissenschaftliche Studium des Auslandes. Berlin 1914, Dietrich Reimer.
- Prof. Dr. Paul **Eltzbacher**: Die Deutsche Auslandshochschule. Berlin 1914, Georg Reimer.
- Dr. Anton **Palme**: Die Deutsche Auslandshochschule und der Krieg. I.—III. In: Berliner Tageblatt vom 24., 26. und 27. November 1915.
- Beckersche Denkschrift 1917**. 1. Landtagsdrucksache Nr. 388: Denkschrift über Förderung der Auslandsstudien. 2. Reichtagsdrucksache Nr. 663: Denkschrift über den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer deutschen Auslandshochschule und über die Förderung der Auslandsstudien.
- Dr. Anton **Palme**: Die Deutsche Auslandshochschule. Vorläufige Denkschrift für das Reichsministerium des Innern. Berlin 1920, Haude & Spener.
- Prof. Dr. G. **Kampffmeyer**: Abbau des Orientalischen Seminars? In: Deutsche Allg. Zeitung vom 5. Februar 1923.
- Beckersche Denkschrift 1923**. Landtagsdrucksache Nr. 5313: Denkschrift über die Reform des Seminars für Orientalische Sprachen.
- Prof. Dr. G. **Kampffmeyer**: Das Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin. In: Die Welt des Islams, Bd. 8, Heft 1, Berlin 1923, S. 4—14.
- Prof. Dr. G. **Kampffmeyer**: Die deutschen Auslandsinteressen und das Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin. Leitsätze zur Reform des Seminars. Berlin 1924, Arthur Collignon. (Gilt als erste Folge von „Reform des Seminars für Orientalische Sprachen“.)
- Prof. Dr. O. **Franke**: Das Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin und seine geplante Umformung. Leipzig 1924, Quelle & Meyer.
- Prof. Dr. G. **Kampffmeyer**: Die Reform des Seminars für Orientalische Sprachen zu Berlin. Berichte und Dokumente. II. Folge. Berlin, 20. Mai 1924, Arthur Collignon. (Entgegnung auf die Schrift von Franke.)
- Prof. Dr. G. **Kampffmeyer**: Die Reform des Seminars für Orientalische Sprachen zu Berlin. Berichte und Dokumente. III. Folge. 15. September 1925.

ULB Halle

3/1

001 163 000



A. N. 460/257m (4)



